

## EuGH kritisierte mehrmals deutsche Praxis Im Ausland regt sich der Widerstand

■ Eupen

Menschen, die scheinbar mit Windmühlenflügeln kämpfen, müssen sich - gerade wenn sie sich gegen Ämter und Dienststellen zur Wehr setzen - nicht selten den Vorwurf gefallen lassen, chronische Querulanten zu sein oder gar unter Verfolgungswahn zu leiden. Doch die wachsende Zahl der Mütter und Väter, die gegen die Allmacht der deutschen Jugendämter kämpfen, ist zumindest ein Indiz dafür, dass hier ein sehr handfestes Problem um sich greift.

### Keine Fachaufsicht

Prominenteste Kritikerin ist die Autorin und freie Journalistin Karin Jäckel, die nicht nur über 80 Bücher wie etwa »Die Frau des Reformators« geschrieben hat, sondern auch seit 40 Jahren heftig Kritik an Jugendämtern übt.

Jäckel, die im Übrigen im Eifelort Gemünd aufgewachsen ist, wird nicht müde, auf die Problematik aufmerksam zu machen.

Anders als unsere Gesprächspartner (siehe nebenstehenden Artikel) ist sie schon der Ansicht, dass es nicht nur Probleme in der Praxis, sondern dass es auch strukturelle Fehler gibt.

So bemängelt Jäckel vehement, dass es für die 600 Jugendämter in der Bundesrepublik keine Fachaufsicht gebe. Zudem prangert sie an, dass die Mitarbeiter in den wenigsten Fällen die erforderliche Ausbildung mitbrächten. »Derzeit ist das Jugendamt in seiner fachlichen Unkontrolliertheit und immer wieder zu beklagenden Inkompetenz zum Nachteil des Kindeswohls und der Elternliebe kein Paradebeispiel für Deutschlands Familienpolitik«, so Jäckel in einem Vortrag.

Ihres Erachtens sorgten die Bestimmungen über die Jugendämter die allgemeingültigen Regeln der Gewaltentrennung. In der Praxis seien »inquisitorische Methoden« keine Seltenheit, bisweilen im rechtsleeren Raum: »Anders als vom Bundesfamilienministerium ausgeführt, findet - laut einer Studie von Prof. Dr. Maud Zittelmann aus dem Jahr 2006 zur Situation ge-



Karin Jäckel

fährdeter Kinder - nur in jedem fünften Fall ein familiengerichtliches Kindeschutzverfahren statt. In der Mehrheit aller Fälle bleibt das volle elterliche Sorgerecht

ohne jegliche familiengerichtliche Prüfung trotz erfolgter Kindesentziehung bei den Eltern.«

Laut Jäckel ist die Forderung nach einer außergerichtlich anzurufenden Fachaufsicht über die Entscheidungen von Mitarbeitern der Jugendämter mittlerweile schon längst keine bloße Elternsache mehr. »Der seit mindestens zehn Jahren anhaltende Kampf von Kindesentziehung Betroffener, engagierter Kinderschützer, Publizisten und Experten aus den verschiedensten mit Kindersachssachen befassten Berufen kulminierte in Hunderten von Petitionen an die Petitionskommission des Europaparlaments in Brüssel. Diese veröffentlichte im Jahr 2009 ein Arbeitsdokument, worin die deutsche Regierung dringend aufgefordert wird, eine solche Fachaufsicht einzurichten, um die in den angenommenen Petitionen gegen Kindesentziehung zutage getretenen Willkürentscheidungen und 'brutalen Methoden des Jugendamts' (Marcin Libicki) zu bekämpfen. Dennoch werden diese in Brüssel gewonnenen Erkenntnisse in Deutschland schlicht ignoriert«, berichtete die freie Journalistin. Auch der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte kritisierte mehrmals die Praxis der deutschen Jugendämter.

### Kräfte bündeln

Betroffene sind in der Vergangenheit zudem dazu übergegangen, ihre Kräfte in Vereinen zu bündeln. Dazu gehört der europaweit tätige Conseil européen des enfants du divorce (CEED/www.CEEDbelgie.be) und der in Deutschland aktive Väteraufbruch (www.vaeteraufbruch.de), der auch eine Sektion für Aachen und die Euregio unterhält. (jph)

### STICHWORT

## Jugendamt

Das deutsche Jugendamt hat den Auftrag, Kinder und Jugendliche vor Gefahren zu schützen, insbesondere auch, wenn diese Gefahr von den eigenen Eltern ausgeht. Grundlage der Legitimation ist das Kinder- und Jugendhilfegesetz. Als öffentlicher Jugendhilfeträger hat das Jugendamt vielfältige Aufgaben, die alle darauf ausgelegt sind, Kinder und Jugendliche zu schützen. Laut Definition sehen die Tätigkeitsbereiche folgendermaßen aus:

■ Familienerziehung, Beratung in Familienfragen, Weiterbildung von Eltern, Familienfreizeiten und Familien-erholung wird von den kommunalen Ämtern gefördert und koordiniert.

■ Eltern werden bei der Ausübung der Sorge für ihr Kind beraten.

■ Wenn Eltern partnerschaftliche Probleme haben oder wenn eine Trennung

ansteht, können die Berater beim Jugendamt in Anspruch genommen werden.

■ Entstehen innerhalb der Familie Notsituationen unterstützt das Jugendamt die Betreuung und Versorgung der Kinder.

■ Tagespflege, Vollzeitpflege und Heimerziehung sind ebenfalls Bereiche, für die das Amt zuständig ist.

■ Im Notfall regelt das Jugendamt die Inobhutnahme von Kindern, um sie vor weiteren Schäden zu schützen.

■ Die beschäftigten Sozialpädagogen unterstützen die Familienbildung mit sozialer Gruppenarbeit und sozialpädagogischer Familienhilfe.

■ Seelisch behinderte Kinder und Jugendliche werden mit Hilfe des Jugendamts wieder eingegliedert.

■ Das Jugendamt begleitet Vormundschafts- und Gerichtsverfahren, soweit sie Kinder und Jugendliche betreffen.



Ein deutscher Polizist lädt einen Kinderwagen in ein Polizeifahrzeug. Immer öfter geschieht dies auf Anordnung des Jugendamts.

Foto: dpa-Archiv

»Inobhutnahme trifft immer mehr Kinder bei geringen Anlässen«

## Kritik an Jugendämtern hat Grenze längst überschritten

■ Eupen

Von Jürgen Heck

**Nicht erst seit gestern fühlen sich getrennte Partner früherer »transnationaler« Ehen deutscher Rechts von der Praxis der deutschen Jugendämter in Fällen von Auseinandersetzungen über das Sorge- und Aufenthaltsbestimmungsrecht ihrer Kinder willkürlich benachteiligt.**

Gleich mehrere Betroffene, deren Lebensmittelpunkt schon lange die belgischen Grenzgemeinden sind, sprachen unter der Woche in der Grenz-Echo-Redaktion vor.

### Keine erfundenen Schauergeschichten

Die Einzelschicksale sind verständlicherweise unterschiedlich, aber eines ist den Vätern und Müttern gemein: »Wenn ich nicht selbst meine schmerzhaften Erfahrungen mit dem Jugendamt gemacht hätte, würde ich die Geschichten meiner Leidensgenossen als erfundene Schauergeschichten abtun, ihnen nicht den geringsten Glauben schenken«, so eine Mutter von zwei Töchtern.

Die Trennung vom Vater ihrer Kinder liegt zwar schon mehr als ein Jahrzehnt zurück und in den ersten Jahren lief nach ihrer Darstellung auch zunächst alles nach Plan, ehe eine umfangreiche Erbschaft alles aus dem Gleichgewicht gebracht habe.

Einem Vater brachte die Auseinandersetzung um das Sorgerecht für seinen Sohn sogar einen internationalen Haftbefehl wegen Kindesentführung ein, sodass der deutsche Staatsbürger derzeit nicht mehr in sein Heimatland einreisen darf. »Rechtsbeugung«,

### Vollstreckung

### Amt für Jugend, Schule, Sport und Freizeit

Amtsleiter/ Sekretariat	3
Jugendhilfe -, Schulnetz - und Sportentwicklungsplanung	3
Verwaltung	3
Schulverwaltung	3

Einige betroffene Erziehungsberechtigte haben große Zweifel, ob bei den deutschen Jugendämtern wirklich das Kindeswohl die höchste Priorität genießt.

so der Betroffene, denn in solchen Fällen handele es sich nach deutschem Recht um Kindesentzug, aber dieser Tatbestand reiche nicht für die Ausstellung eines internationalen Haftbefehls. Doch die belgische Justiz spiele glücklicherweise nicht mit, so der in Membach lebende Vater.

Obwohl es unüberhörbare Zweifel gibt, sind sich die Betroffenen einig, dass die Gesetzeslage eigentlich in Ordnung ist. Probleme gebe es in der Praxis, bei der Umsetzung durch die Jugendämter, die

den Begriff Kindeswohl bisweilen recht abenteuerlich interpretierten. Die Erfahrung lehre, dass gerade in Trennungsfällen der Partner bevorzugt behandelt werde, der mit dem Jugendamt kooperiere. Wer kritisch hinterfrage oder gar Widerstand leisten wolle, sei auf der Verliererstraße.

Dabei sei es die ureigenste Aufgabe des Jugendamts, bei Streitigkeiten zwischen den früheren Partnern im Sinne der Kinder eine Deeskalation herbeizuführen. »Doch genau das Gegenteil ist wegen der

willkürlichen Entscheidungen der Fall«, so einer der Betroffenen.

Die Praxis zeige zudem, dass nicht nur Trennungskinder in den Fokus des Jugendamts gerieten. Allein 2009 - so die offiziellen Zahlen - gab es deutschlandweit mehr als 33 000 sogenannte Inobhutnahmen von Kindern und Jugendlichen. Doch nur in einem verschwindend geringen Teil dieser Fälle sei es um wirkliche Gefährdungen gegangen. Oft geschehe dies bei »geringen« Anlässen, auch in Familien, die keine Trennungsprozesse durchliefen.

### Geschäft mit Humankapital

Die Betroffenen vermuten ein wahres System hinter diesen »Kindesentziehungen«, wie sie die Inobhutnahmen bezeichnen. »Dahinter steckt ein wahrer Markt von Pflege- und Notfalleinrichtungen und -familien. Und die Ware heißt, so schrecklich das klingen mag, Humankapital«, so die oben bereits einmal zitierte Mutter. Auch wenn dadurch auf der anderen Seite die Finanzen der öffentlichen Hand geschöpft würden, verfolge man damit arbeitsmarktpolitische Ziele.

Insgesamt fühlen sich viele Betroffene machtlos, zumal die Jugendämter sich selbst über Gerichtsbeschlüsse hinwegsetzten.

»Deshalb wollen wir gerade in der Öffentlichkeit der Nachbarländer auf die deutsche Situation aufmerksam machen, um eine Besserung zu erreichen und ein grenzüberschreitendes Überschwappen dieser Praktiken zu verhindern«, so der Tenor.

Die Namen der Gesprächspartner liegen der Redaktion vor, werden aber mit Rücksicht auf ihre minderjährigen Kinder nicht genannt.

## Jugendamt Aachen bezieht keine Stellung »Stets das Wohl der Kinder im Blick«

■ Aachen

»Wir möchten davon absehen, Stellung zu nehmen. Der Fachbereich Kinder, Jugend und Schule möchte zu pauschalen und anonymen Vorwürfen keine Meinung abgeben und sich nicht an einer Diskussion beteiligen, die nur Ressentiments gegen 'das Jugendamt' befördert«, antwortete Elke Münich, die Leiterin des Aachener Jugendamts, auf die Bitte der Grenz-Echo-Redaktion, sich zu

dieser Thematik zu äußern.

Der Fachbereich sei stets bemüht, Gespräche mit den Betroffenen direkt zu suchen und nicht über die Medien. »Deswegen geben wir auch zu konkreten Fällen grundsätzlich keine Auskunft an die Medien. Die Kolleginnen und Kollegen sind bemüht, Lösungen zu finden, die für alle Beteiligten die bestmöglichen sind - stets das Wohl der Kinder im Blick«, so Münich weiter.

(jph)